

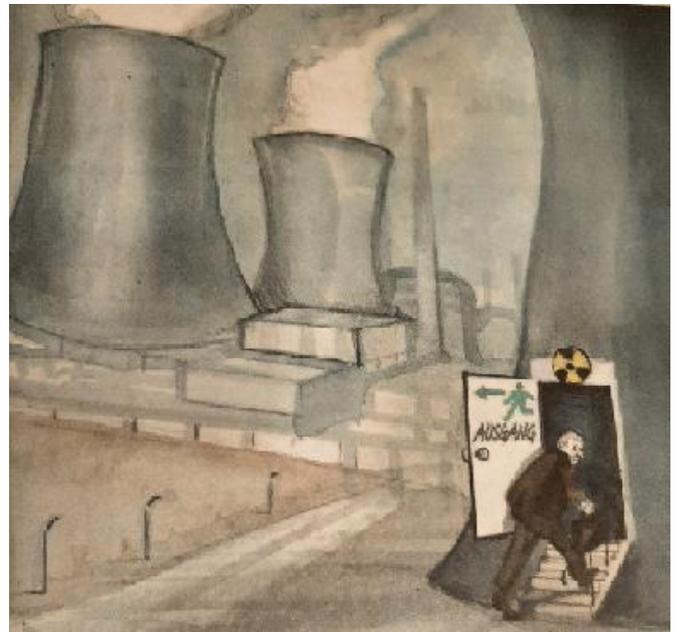
Ausweg aus Klimakatastrophe und Krieg: „Grüne“ AKWs und „friedliche“ Atomwaffen?

Seit mehr als 50 Jahren, seit dem Bericht des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ aus 1970 weiß man, dass die auf Profit ausgerichtete und für die Profitmaximierung unumgängliche Über- und Wegwerfproduktion die Zerstörung von Natur, Umwelt und Klima bedeutet und damit Menschen und allen anderen Lebewesen auf der Erde die Lebensgrundlagen entzieht. 1983 wurde von der UNO die „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ ins Leben gerufen, die einen Bericht zu den Perspektiven einer langfristig angelegten umweltverträglichen globalen Entwicklung erarbeiten sollte. Der sogenannte Brundlandt-Report (benannt nach deren Leiterin, der früheren norwegischen Ministerpräsidentin) erschien 1987 und definierte erstmals was „nachhaltige Entwicklung“ sein soll. Vor 31 Jahren, 1992, wurde das UNO-„Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen“ (Klimarahmenkonvention) beschlossen und im selben Jahr in Rio de Janeiro von 154 Staaten unterzeichnet. Fünf Jahre später, 1997, wurde in Kyoto (Japan) das Zusatzprotokoll (Kyoto-Protokoll) zur konkreten Umsetzung der Erreichung von Klimaschutzziele beschlossen. Am 16. Februar 2005 trat das Abkommen in Kraft und legte erstmals völkerrechtlich verbindliche Zielwerte für den Treibhausgas-Ausstoß – der Hauptursache der globalen Erwärmung – in den Industrieländern fest.

In der Folge sind etliche Länder später oder gar nicht beigetreten (z.B. USA) oder wieder ausgetreten (z.B. Kanada) und es fand bei den jeweiligen Folgekonferenzen ein Hauen und Stechen, ein Feilschen und Aufweichen, Verwässern und verschieben von Zielen und Reduktionsmengen sondergleichen statt. Zuletzt stand im Mittelpunkt des Streits, dass die Industrieländer die versprochenen Milliarden für den globalen Süden nicht zahlen oder deren Zahlung vermindern, aussetzen, verzögern. Und nicht zuletzt unterwanderten verschiedene Schein-NGOs- und Lobbyorganisationen der Industrie, insbesondere der Atomindustrie, die Klimakonferenzen. Mit einem der Ergebnisse,

dass z.B. die EU die Taxonomie-Verordnung erließ, die Atom und Gas zu „grünen Energien“ erklärte. Der Effekt war und ist, dass die Atomindustrie frisches Geld bekommen soll. Was derzeit besonders Frankreich nutzt und die sowieso schon für die Atomkonzerne zugeschniderte Taxonomie-Verordnung weiter aufweichen will.

Hintertür



Aus: Wiener Zeitung, 22. August 2022

Atomstrom kein Ausweg aus der Klimakatastrophe

Dabei ist klar, dass Atomstrom kein Ausweg aus der Klimakatastrophe sein kann. Der Anteil der Atomenergie an der weltweiten Energieproduktion beträgt rund 2%. Dieser Anteil ist weniger als wir Energie wegen Abwendung der Klimakatastrophe einsparen sollten. Allein dadurch ist schon klar, dass Atomenergie keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Ganz abgesehen von den Kosten und Risiken. So kostet eine Megawattstunde (MWh) Atomstrom 160 Dollar, Strom aus Wind oder Sonne rund 38 Dollar. Die Risiken sind klar: die Atomunfälle in Russland und Großbritannien in den 1950er Jahren, die Unfälle von Harrisburg (USA, 1979), Tschernobyl (1986, Sowjetunion-/Ukraine) oder

Fukushima (Japan 2011) – um nur die schlimmsten zu benennen. Die AKWs, die auf 25 bis 30 Jahre ausgelegt waren, sind oft schon 40 Jahre und mehr in Betrieb, samt Laufzeitverlängerungen auf 60 Jahre! Der nächste Atom-Super-GAU ist nur eine Frage der Zeit. Selbst nach einem Atomausstieg, wie jetzt endlich in Deutschland erfolgt, bleibt für Jahrtausende das Problem des Atommülls. Keiner weiß, wohin damit. Endlager gibt es keines. „Nach 60 Jahren AKW-Betrieb haben sich allein in Deutschland 1.900 der jeweils 120 Tonnen schweren Castor-Behälter angesammelt. Jeder Castor kann so viel Radioaktivität enthalten, wie 1986 in Tschernobyl freigesetzt wurde. 250.000 Jahre endlagern will das Zeug keiner.“ (Heute, 18. April 2023)

In Frankreich treten spätestens seit 2021 Korrosionsprobleme nicht nur in alten, sondern auch in neuen AKWs auf. Im vergangenen Sommer musste aus Sicherheitsgründen die Hälfte aller AKWs wegen Wassermangels der Flüsse in Folge Hitze und Trockenheit durch den Klimawandel zumindest zeitweise abgeschaltet werden. Trotzdem will die französische Atomindustrie in den kommenden zehn Jahren ca. 100.000 Beschäftigte einstellen und ausbilden sowie sechs neue AKWs bauen.

In Japan tut man 12 Jahre nach dem Super-Atom-GAU von Fukushima so, als wäre alles behoben. Wie? Indem man z.B. den nationalen Gedenktag abschaffen möchte. Weiters sollen bestehende, momentan noch stillgelegte AKWs wieder hochgefahren und sogar neue AKWs gebaut werden. Dass es aber das Atomproblem Fukushima immer noch gibt und viele Jahrzehnte noch geben wird und keine Lösung in Sicht ist, zeigt der Umstand, dass im Sommer damit begonnen werden soll, rund eine Million Liter verseuchten Kühlwassers aus den zerstörten AKWs ins Meer zu leiten. Die japanische Atommafia hatte den Gewinn, die Steuerzahler zahlten und zahlen für die nicht endende „Bewältigung“ des Super-GAUs und die Radioaktivität wird über das Meer auf die ganze Welt verteilt – bis in unsere Lebensmittel aus dem Meer.

Wenn also die Kosten und das Risiko so hoch sind, warum wird dann von allen Atommächten und von allen, die AKWs betreiben, von der Atomindustrie und der Atomlobby an den so teuren, gefährlichen AKWs festgehalten? Weil AKWs aus der Atomwaffenproduktion hervorgegangen sind und aus AKWs wieder waffen-

fähiges Plutonium für Atombomben erzeugt werden kann – das alles noch hoch staatlich mit hunderten Milliarden gefördert, also auf Steuerzahlerkosten. Unter dem Deckmantel „Atomstrom für den Klimaschutz“ werden „Atomprogramme für den Krieg“ von uns allen, auf Kosten unserer Gesundheit und unseres Lebens betrieben.

Die Atomwaffenmächte (USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Israel, Nordkorea) bauen ihre Arsenale im Namen von „Friedenssicherung“ aus und stationieren in ihren jeweiligen „Einflusszonen“ Atomwaffen. So befinden sich USA/NATO-Atomwaffen in einigen europäischen Ländern, u.a. in Deutschland, Belgien, Italien, Holland, der Türkei. Im Vorjahr hat sich Polen bereit erklärt, US-Atomwaffen aufzustellen. Im Jänner dieses Jahres hat Südkoreas Präsident Yoon Suk Yeol den USA Stützpunkte für taktische Atomwaffen in Südkorea angeboten. Russland verlegt gerade Atomwaffen nach Weißrussland.

Atom-„Terminator“ Schwarzenegger

Vor diesem Hintergrund ist es besonders bezeichnend und entlarvend, dass der „Terminator“ und selbsternannte „Umwelt- und Klimakämpfer“ Arnold Schwarzenegger sich nunmehr für Atomkraft als Ausweg aus der Klimakrise ausspricht und den deutschen Atomausstieg bedauert und als falsch bezeichnet (<https://orf.at/stories/3286889/>). Das ist derselbe „Arnie“, der beim von der Ex-Grünen Monika Langthaler organisierten „Austrian World Summit“ von der österreichischen Polit-Prominenz hofiert wurde. Bundespräsident Van der Bellen stellte den Ehrenschutz, UNO-Generalsekretär Guterres mahnte, aber auch Bundeskanzler Nehammer, Klimaministerin und angebliche Atomgegnerin Gewessler waren anwesend und sogar Wladimir Klitschko, der jüngere Bruder des Kiewer Bürgermeisters Vitali Klitschko, scharwenzelte auf der Konferenz umher, während in der Ukraine Menschen sterben (<https://orf.at/stories/3316876/>) und viele andere Promis tanzen an, um dem „Atom-Klima-Arnie“ wie die Motten das Licht zu umschwirren. Was am „Austrian World Summit“ betrieben wurde, ist Klima-Greenwashing erster Klasse. Die Umweltbewegung müsse aufwachen, es brauche eine neue Umweltbewegung, sagte Schwarzenegger: *„Eine grüne schöne Zukunft mit Robotern, sauberem Zement, nachhaltigen*

Meeresfrüchten samt Energielieferanten, die auf Algen und Wellen setzen.“ (Wiener Zeitung, 17./18. Mai 2023). „Build, build, build“ war Arnies Botschaft. Das hören Industrie und „grüne“ Kapitalisten gerne. Algen und Meeresfrüchte raus aus dem Meer. Schon jetzt sterben die Meere und die Artenvielfalt wegen der Ausbeutung der Meere. Und „grüner Zement“ ist sicher gut für die Bauwirtschaft. Kein Widerspruch von offizieller Seite zum „Atom-Klima-Arnie“?! Dabei hat Österreich 1978 NEIN zur Atomenergie gesagt und seit 1999 sogar ein „Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich“ beschlossen.
(<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/19991491/19991491.pdf>)

Ausweg „grüner Kapitalismus“?

Nicht nur auf dieser Konferenz, sondern generell dreht sich die Debatte nur darum, wie man die Profitwirtschaft mit Marketingmaßnahmen „grün“ einfärben kann. Die Auto-industrie soll weiter – jetzt halt per E-Auto – Profite machen, die Atomindustrie soll weiter – jetzt auf einmal „umweltfreundlich“ – Profite machen, die Bauindustrie soll weiter – jetzt halt mit „grünem Zement“ – weiter Bodenversiegelungs-Profite machen usw., natürlich alles „in grün“, im Namen von Umwelt- und Klimaschutz. Keine Rede davon, Produkte langlebig zu machen, keine

Rede von einer Abkehr von der Über- und Wegwerfproduktion, die das Grundübel von Umweltzerstörung, Ressourcenausbeutung und Klimawandel sind. Keine Rede davon, Mobilität durch massiven Ausbau des Öffi-Angebots grün zu machen, vor allem mit und auf der Schiene, nicht mit Elektro-Kfz-Autobahnen usw. Keine Rede davon, den Bodenverbrauch zu reduzieren, denn auch „grüner Zement“ verbraucht Natur. Kein Wort davon, dass E-Autos genauso bzw. noch mehr Ressourcen wie „normale“ Autos verbrauchen, Altbatterien als zusätzlichen Müll hinterlassen oder durch ihr höheres Gewicht noch mehr Reifenabrieb und damit noch mehr Feinstaub verursachen. Kein Wort von besseren Arbeitsbedingungen und einem besseren sozialen, leistbaren und friedlichen Leben für alle. Aber wahrscheinlich wachsen aus den „friedlichen“ AKWs für „Arnie“ und seine Bewunderer aus den Eliten auch „friedliche Atombomben“, mit denen man den jeweiligen Feind dann „grün-friedlich“ in den atombetriebenen klimaschonenden Atombombentod schicken kann.

In so einer „schönen neuen Greenwashing-Atom-Welt“ dieser Menschenverächter und Profitanbeter wollen wir nicht leben!

**Nehmen wir ihnen die Welt aus der Hand –
es ist unsere Welt!**